

Tagesordnung II Punkt 1 der öffentlichen Sitzung am 01. September 2011

Antrags-Nr. 10-F-01-0101

"Vier gewinnen - Millionen verlieren"

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.11.2010 -

Am 28. Oktober 2010 hat der Bundestag in einem Verfahren, das den „*Verdacht mangelnder Sorgfalt*“ in sich getragen hat (Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert, CDU), die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke beschlossen. Damit dürfen die deutschen Atomkraftwerke unabhängig von ihrem Zustand im Schnitt weitere 12 Jahre in Betrieb bleiben. Der im Jahre 2002 beschlossene so genannte Atomkonsens wurde aufgekündigt.

In einer Studie der Landesbank Baden-Württemberg aus dem Jahre 2009 würden die Stromversorger mit Atomkraftwerken bei einer Laufzeitverlängerung von acht bis zehn Jahren mehr als 100 Milliarden Euro zusätzlich einnehmen, falls die Strompreise auf aktuellem Niveau verharren. Das bedeutet, dass von dieser Regelung vier Stromkonzerne profitieren (EON, EnBW, Vattenfall, RWE), während Kommunen und Stadtwerke geschwächt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden kritisiert die Verlängerung der Atomlaufzeiten durch Bundesregierung und Bundestag, vor allem weil dadurch der Wettbewerb zu Lasten der Stadtwerke Wiesbaden (und anderer kommunaler Energieversorger) eingeschränkt wird (ESWE Versorgung spricht von einer „Riesen-Wettbewerbsverzerrung“). Dies führt zu massiven Investitionsmöglichkeiten der vier großen Energieversorger in erneuerbare Energien - dem Geschäftsfeld der Zukunft - und benachteiligt damit direkt die Stadtwerke wie auch durch die Abschöpfung riesiger Gewinne durch abgeschriebene Atomkraftwerke.

Die Stadtverordnetenversammlung befürchtet, dass die Wettbewerbsverzerrung zu Lasten der Stadtwerke auch die ESWE Versorgung in nicht geringem Maße treffen wird und bittet den Magistrat zu berichten, welche Maßnahmen die Gesellschaft derzeit in diesem Zusammenhang erwägt.

Beschluss Nr. 0276

Der Bericht des Oberbürgermeisters vom 30.03.2011 wird zur Kenntnis genommen.

(antragsgemäß Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit 16.08.2011 BP 0033)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .08.2011
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .08.2011
im Auftrag

Dezernat I
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Zieren-Hesse